

mokraten aufleben lassen. Diese jedoch wähten sich stark genug zum Alleinregieren, so dass der Autor zu einem der wichtigsten Ergebnisse über das Schicksal Linksliberaler in der FDP überhaupt kommt: „Was nützte *Engelhard*, *Rademacher* und der Parteilinken ihr sozialliberales Credo, die Propagierung eines ausgeglichenen Kurses der Mitte zwischen CDU und SPD, wenn die ‚Liebe‘ von der SPD nicht erwidert wurde.“ (S. 692) Dies scheint die Tragik der frühen Hamburger FDP zu sein.

Intensiv schildert *Brauers* die Vorgeschichte der Hamburger FDP in der Zeit von 1900 bis 1945. Auch unter den hanseatischen Linksliberalen gab es manche, die 1933 den Nazis als Alibi für ihre Machtergreifung dienten. Aber andere – und mehr als im übrigen Reich – wehrten sich schon früh gegen den anpasserischen Kurs der einst „linken“ DDP, die sich am Schluss „Staatspartei“ nannte und unterging. Der herausragendste unter ihnen war *Hans Robinson*, alteingesessener Textilkaufmann und Patron des liberalen Widerstandes an der Elbe gegen die NS-Diktatur. Ganz anders dagegen verhielt sich der Bürgermeister *Wilhelm-Amsinck Burchard-Motz*, der 1933 gleich zur NSDAP übertrat, 1934 aber gehen musste (S. 93).

Der Wert der Untersuchung über die FDP in ihrer Hamburger Frühzeit liegt darin, dass auch „Hamburger Spezialitäten“ vor dem Hintergrund der und in ihrer Bedeutung für die Bundespolitik analysiert werden. So wird ausführlich die Entstehung des „Hamburg Blocks“, der sich 1953 aus CDU, FDP und „Deutscher Partei“ (DP) bildete, dargestellt (S. 674). Das Buch von *Brauers* ist – alles in allem – eine Fundgrube für solche, die sich für die Zeitgeschichte Hamburgs, die Frühphase der FDP oder die Rolle der Liberalen in der Hansestadt oder für alle drei Themen und neue Erkenntnisse dazu interessieren.

Jürgen Dittberner

Vertrauensbasis der Ostdeutschen: solide, aber zu knappe Studie

Höhne, Benjamin: Vertrauen oder Misstrauen? Wie stehen die Ostdeutschen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung zu ihrem politischen System?, Tectum Verlag, Marburg 2006, 155 Seiten, € 24,90.

Dank der wohlgeordneten Gliederung des hier anzuzeigenden Bandes in Einleitung, Theorie, Analysekonzept, Empirische Überprüfung, Zusammenfassung und Ausblick fällt dem kundigen Leser bereits im Inhaltsverzeichnis auf, dass sich der Autor, *Benjamin Höhne*, nicht nur mit dem Vertrauen der Ostdeutschen in die Demokratie (diffuse Unterstützung), sondern auch mit ihrer Zufriedenheit (spezifische Unterstützung) auseinandersetzt und damit über die Ankündigung des Buchtitels hinaus nach den Grundlagen für die Stabilität der Demokratie in Ostdeutschland – einer zentralen Thematik der Politische-Kultur-Forschung – fragt (siehe auch S. 125). Das theoretische Fundament der Analysen ruht auf dem Konzept politischer Unterstützung *David Eastons* und auf Erklärungsansätzen für abweichende Werte des Institutionenvertrauens und der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland (Situations- und Sozialisationshypothese). Leider fehlt zu beiden Hypothesen und bei der Abhandlung des Forschungsstandes die neueste Literatur (insbesondere Zeitschriftenartikel zum Thema) bis zum Abschlussjahr der Untersuchung 2004 (S. 60).

Die Betrachtung zur „Entwicklung der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens zwischen 1990 und 2004“ (S. 12) beschränkt sich auf die deskriptiven Abschnitte der Arbeit. Im analytischen Teil erwartet den Leser ein Zeitvergleich zwischen 1997 und 2003 auf Basis der jeweiligen Eurobarometer-Umfragedaten. Wesentliches Erklärungsmoment des Vertrauens in die politischen Institutionen ist die Leistung des politischen Systems gemessen an der Demokratiezufriedenheit. Ihre zwischen Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Ausprägung (S. 86 f.) wird zum Dreh- und Angelpunkt der Arbeit, indem *Höhe* zunächst ihre Abhängigkeit von Indikatoren der Situations- und der Performanzhypothese (Alter, Bildung, Geschlecht beziehungsweise Lebenszufriedenheit, Einkommen, Erwerbsstatus) sowie von makro- und mikroökonomischen Variablen (finanzielle Situation des Haushaltes, persönliche / berufliche Situation, wirtschaftliche Lage in Deutschland, Situation auf dem Arbeitsmarkt) bestimmt. Er folgt damit dem ökonomischen Ansatz der Demokratietheorie (S. 14 f.).

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Erwerbsstatus (1997) beziehungsweise die Lebenszufriedenheit (2003) und die finanzielle Situation des Haushaltes die Demokratie(un)zufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung, die allgemeine wirtschaftliche Lage (1997) beziehungsweise die Lebenszufriedenheit (2003) und die Situation auf dem Arbeitsmarkt die Zufriedenheit der westdeutschen Bevölkerung zumindest teilweise erklären können. Entsprechend seiner aus der Performanzhypothese abgeleiteten Vorhersage (S. 59), diffuse Unterstützung (hier: Vertrauen) leite sich aus der spezifischen Unterstützung (hier: Demokratiezufriedenheit) ab – eine Annahme, die mit *Eastons* Erklärungsstrang der Vertrauensbildung mittels generalisierter positiver Outputerfahrungen kongruent ist –, verwendet *Höhe* Demokratiezufriedenheit anschließend als erklärende Variable für das Institutionenvertrauen.

Hier entfaltet sie eine weit reichende Erklärungskraft. *Höhe* kann klar herausarbeiten, dass das Vertrauen in die Kerninstitutionen des Regierungssystems (Bundestag und Bundesregierung), in Verwaltungs- und Rechtsstaatsinstitutionen (vermutlich Gerichte, Polizei und Bundeswehr; Vertrauen in die Verwaltung wurde nur bis 2002 erhoben, S. 107) stark von der Zufriedenheit der Bundesbürger mit ihrem demokratischen politischen System beeinflusst wird: Je ausgeprägter die Zufriedenheit ist, desto größer ist auch das Vertrauen (S. 117 ff.). Dies gilt jedoch in höherem Maße für die Kerninstitutionen des Regierungssystems, die im repräsentativen Demokratiemodell für die Leistung des politischen Systems verantwortlich sind und vom Bürger verantwortlich gemacht werden. Insgesamt hängt jedoch das Vertrauen der Regierten in das Institutionensystem maßgeblich von dessen Fähigkeit ab, ein Gefühl beim Bürger zu erzeugen, gut regiert zu werden und „die an sie [die Regierenden] gerichteten Forderungen der Bürger zu befriedigen“ (S. 28, S. 14).

Die Arbeit leidet vor allem an zwei Hauptmängeln:

(1) Die Bedeutung der Demokratiezufriedenheit wandelt ihre Gestalt von einer zu erklärenden Variablen zu einer erklärenden, ohne dass auf diese Operationalisierung im methodischen Teil der Arbeit eindeutig verwiesen wird. Zudem werden Performanz und Vertrauen durch dieselben Variablen bestimmt, die dann auch zusätzlich zur Performanz in die Analyse des Institutionenvertrauens einfließen. Die Regressionskoeffizienten unterschätzen somit den Einfluss der jeweiligen Variablenkomplexe „Demokratiemarkanz“ und „Situations- und Performanzhypothese“ sowie „allgemeine Wirtschaftsdaten“, zumal die meisten Indikatoren mit der Demokratiezufriedenheit korrelieren.

(2) Der Aspekt der Systemlegitimität wird zwar im deskriptiven Teil der Arbeit (S. 69 ff.) kurz angerissen, anschließend aber aufgrund der verwendeten Daten des Eurobarometers nicht in die Analyse aufgenommen. Somit verbleibt die Erklärung des Institutionenvertrauens auf der Ebene der ökonomischen Erfahrungswerte. Die Legitimitätsaspekte, die einen Vertrauensvorschuss ebenso wie eine Stabilität des politischen Systems durch seine Wertschätzung „an sich“ erklären könnten, finden keinen Eingang in die empirische Analyse und die Schlussfolgerungen. Wie *Höhne* im deskriptiven Teil richtig anmerkt, ist in den neuen Bundesländern eine prinzipielle Zustimmung zur Demokratie vorhanden (S. 72), lediglich ihre Ausführung wird kritisiert. Dabei spielt die ideologische Prägung der Demokratie die Hauptrolle: Westdeutsche bevorzugen eher Chancengleichheit im politischen System, Ostdeutsche eher Verteilungsgleichheit.

In diesem Zusammenhang entsteht die Empfehlung, die Ostdeutschen sollten den Blick auf die Entwicklung in Polen und Tschechien lenken, um „das bisher Erreichte besser erkennen und würdigen zu können“ (S. 130). Die Blickrichtung des Leistungsvergleiches haben die westdeutschen politischen Akteure der Vereinigung seinerzeit jedoch selbst bestimmt: „Keinem wird es schlechter gehen!“ und „blühende Landschaften“ waren Schlagwörter der Wendezeit; der Maßstab Westdeutschland resultiert sogar noch aus der Zeit, als die DDR-Führung sich um die Darstellung der wirtschaftlichen Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus bemühte.

Höhnes Schrift hinterlässt den Eindruck einer soliden, wenn auch etwas verkürzten Darstellung der Stabilität der Demokratie im deutschen Ost-West-Vergleich. Die verwendete Literatur entspricht nicht durchgängig dem neuesten Stand; die Monographien von *Jürgen Meier*, *Kai Arzheimer* und *Gert Pickel*, in denen etwa die Messproblematik diffuser und spezifischer Unterstützung diskutiert wird und Veröffentlichungen unter anderem zu den Quellen des Institutionenvertrauens besprochen werden, fehlen völlig.

Susanne Pickel